

Antworten zur Friedenspolitik von Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann von der Piraten Partei

"Wie werden Sie als gewählte Mitglieder des Deutschen Bundestages den Vorrang zivilen, konfliktpräventiven Handelns in allen Politikbereichen stärken?"

Außenpolitik ist ehrlich gesagt keines meiner Schwerpunktthemen, so dass ich das Thema wohl im Wesentlichen meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen überlassen werde. Dennoch gibt es wohl mindestens zwei Punkte an denen ich mich persönlich nützlich machen werde:

1. Ich würde gerne in den Haushaltsausschuss gehen (aus verschiedenen Gründen). Der Militärhaushalt ist zu hoch, einige teure Projekte deutlich auf Auslandseinsätze ausgerichtet. Das Geld kann für viele andere Aufgaben, auch zivile Zusammenarbeit, sinnvoller verwendet werden.
2. Ich setze mich genau wie die Piraten allgemein für direkte Demokratie ein. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und könnten demnach durch Volksentscheide zeitnah beendet werden.

Zivile Konfliktbearbeitung in der eigenen Gesellschaft unterstützen, das heißt beispielsweise: Kein Schulunterricht durch Jugendoffiziere, wenn nicht auch den Friedensgruppen diese Möglichkeiten zum Unterricht in Schulen geboten werden! Friedensbildung muss schulisch und außerschulisch besser gefördert werden.

Was soll geschehen, damit die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung bei sozialen Problemen, Integration und Rassismus in unserem Land besser genutzt werden?

Ich denke nicht, dass hier in Deutschland wegen sozialen Problemen, Integration und Rassismus die selben Maßnahmen angezeigt wären, wie um in Krisenregionen eine militärische Auseinandersetzung zu verhindern.

Strategien zur Konfliktentschärfung durch Verhandlung und Empathie, gewaltfreie Kommunikation usw... aber auch durch die Schaffung von Organisationen und formaler Repräsentanz verschiedener Interessengruppen sind allerdings durchaus Dinge, die man durchaus in den Schulunterricht sinnvoll integrieren könnte. Lehrinhalte sind allerdings momentan Ländersache.

Natürlich gilt auch weiterhin: Diskriminierung abbauen. Solange der Einwanderungsstatus, das Geschlecht oder sonstwie dafür irrelevante Merkmale einer Person erhebliche Auswirkungen auf den sozialen Status haben, läuft irgendwas verkehrt.

Was kann geschehen, um mehr Flüchtlingen in unserem Land Schutz zu bieten und sie angemessen aufzunehmen?

Man könnte aufhören, die Flüchtlinge als reine Hilfeempfänger zu betrachten, und daher die Einwanderungsvoraussetzungen absenken. Dadurch könnte vielen Flüchtlingen ein aufwändiges Asylverfahren erspart bleiben.

Wenn aber (was ja leider abzusehen ist) trotzdem eine Behandlung vieler Flüchtlinge über das Asylverfahren beibehalten wird, kann trotzdem einiges getan werden:

Kurzfristig kann vor allem die Chance gesteigert werden, einen Asylantrag erfolgreich stellen zu können. Die europäische Grenzsicherung u.a. durch FRONTEX schießt inzwischen weit über das sinnvolle Maß hinaus, verbrennt dabei Geld und nimmt den Tod von Menschen in Kauf. Das muss korrigiert werden. Im Antragsprozess selbst erschweren dann unter anderem Sprach- und Kulturbarrieren die erfolgreiche Bewältigung der bürokratischen Vorgänge. Hier können z.B. von Amts wegen gestellte Dolmetscher einiges verbessern.

Langfristig muss daran gearbeitet werden, Immigration auch in der Form von Asyl als Chance für unser Land zu begreifen. Neue Menschen bringen neue Ideen und Vorstellungen mit, die ein innovationsfreundliches Land wie unseres gut gebrauchen kann. Mit einem besseren Image der Asylbewerber werden sich vermutlich viele der aktuellen politisch teilweise wohl gewollten "Probleme" erledigen.

Zur angemessenen Aufnahme: Hier muss vor allem die Politik der Isolation von Asylbewerbern in Aufnahmestellen oder -lagern endlich beendet werden.

In unserem Wahlprogramm finden sich unter https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Asyl noch eine Menge weiterer Punkte, die ich jetzt aber nicht alle aufzählen will.

Wie wollen sie als gewählte Vertreter des Volkes den Zivilen Friedensdienst in Afrika, Asien, Lateinamerika stärken?

Zuerst mal: Zumindest die südamerikanischen Länder (die anderen genannten habe ich nie besucht, und erspare mir daher hier eine Bewertung, auch wenn sie in einigen Fällen ähnlich ausfallen könnte) scheinen mir auf jeden Fall in der Lage, ihre Probleme eigenverantwortlich zu regeln. Hier wäre ein beidseitiger(!) Erfahrungsaustausch zu Good-Governance und Korruptionsbekämpfung, Infrastrukturplanung und ähnlichem wahrscheinlich viel sinnvoller, als der Versuch nach unseren Vorstellungen "zivile Hilfe" durchzuführen. Das ist auch eine Frage des Respekts. Solange es für gezielt politisch verfolgte, man denke nur an Snowden, ein sicheres Asyl nur in Südamerika, nicht aber bei uns gibt, sollten wir verdammt vorsichtig sein, zu glauben, wir als Gesellschaft könnten dort helfen, nicht aber andersherum.

Wo zivile Aufbauhilfe notwendig und erwünscht ist, braucht sie Geld und Personal. An Organisationen, die bereit sind, Aufbauhilfe unterschiedlichster Art zu leisten, gibt es ziemlich viele. Man sollte daher vorsichtig sein, staatliche Parallelstrukturen aufzubauen, und möglicherweise so sogar ehrenamtlichem Engagement zu verringern. Besser sind wohl gute Kontrolle der tatsächlichen Wirksamkeit verbunden mit (dort wo sie gegeben ist) Ausweitung von Fördermitteln. Wo dennoch Fachpersonal oder Organisationen für bestimmte Aufgaben fehlen, muss dieses qualifiziert bzw. entsprechende Strukturen geschaffen werden. Kann man machen, und kommt günstiger als ein Militäreinsatz, um spätere Konflikte zu "entschärfen".

Bisher sind zur Projektarbeit in den Krisengebieten ca. 230 Fachkräfte in 40 Ländern tätig – in engem Verbund mit örtlichen Partnerorganisationen.

Damit können millionenschwere und nicht nur für die Soldaten selbst gefährliche Militäreinsätze

vermieden werden. Mehr ziviles Fachpersonal muss für internationale Friedenseinsätze qualifiziert werden.

Was soll geschehen, um solche wichtigen Beiträge zum Frieden in die Tat umzusetzen?" Gute Konzepte sind viele da. Fehlen scheint mir hauptsächlich der politische Wille, das Geld in die Hand zu nehmen, die deutsche Rüstungswirtschaft weniger zu unterstützen, und diese Konzepte in die Tat umzusetzen.